Der Vorsitzende wies vor Beginn der Beratung darauf hin, dass im Rahmen dieser Sitzung des Ausschusses lediglich die beiden Sachstandsberichte der Verwaltung behandelt werden könnten. Insbesondere sei der Antrag der Kreistagsfraktionen CDU und Die Grünen nicht Gegenstand der Beratung der Bau- und Vergabeausschusses. Er bitte diesbezüglich um entsprechende Beachtung.

Abg. Hildebrandt führte aus, die Gründe für die zu verzeichnenden Kostensteigerungen seien vielfältig und nicht auf Fehler der Verwaltung zurückzuführen. Ein wesentlicher Aspekt für Kostensteigerungen sei der enorme Anstieg des Baupreisindexes. Darüber hinaus wären die heutigen Anforderungen an öffentliche Gebäude sehr hoch und dies schlage sich zwangsläufig bei der Sanierung von Bestandsgebäuden aus den 1960er bis 1970er Jahren in den Baukosten nieder. Gleichzeitig stiegen die Anforderungen für die Bereiche Brandschutz und Schadstoffsanierung immer weiter, welche in der Regel sogar Umplanungen während der Bauphase notwendig machen würden. Daraus resultiere gleichwohl zwangsläufig ein Anstieg der Planungskosten, da im Zuge der zwingend vorzunehmenden Abrechnung der Planer nach HOAI steigende Baukosten auch zu steigenden Honorarkosten führen würden. In diesem Zusammenhang verwies er auf das Verhandlungsergebnis der Verwaltung in Bezug auf die Honorarkosten der Architekten. Durch die Einigung sei ein noch höherer Anstieg der Planungskosten verhindert worden. Daneben führe die sehr gute Auftragslage in den meisten Gewerken dazu, dass sich nur sehr wenige Anbieter mit in der Regel hohen Angebotspreises an den öffentlichen Ausschreibungen beteiligen würden. Auch dieser Umstand habe einen Anstieg der Baukosten zur Folge. Er appellierte daher an politischen Mitbewerber, von den vorgeschlagenen Sonderprüfungen und der damit verbundenen Mehrarbeit für die Verwaltung Abstand zu nehmen.

Abg. Bähr-Losse verwies auf die regelmäßig auftretenden enormen Abweichungen, die hinsichtlich der einzelnen Kostenschätzungen bei einer Vielzahl von Vergaben festzustellen seien. Gleichzeitig lobte sie sowohl die Arbeit der Verwaltung als auch des Ausschusses. Der Wunsch nach Hinzuziehung eines externen Prüfers solle nicht als Misstrauen gegenüber der Verwaltung gewertet werden. Vielmehr erhoffe sie sich eine Hilfestellung, um gegebenenfalls bei zukünftigen Großprojekten solchen Kostenentwicklungen frühzeitig entgegensteuern zu können.

Abg. Hoffmeister bedankte sich für die sachlichen Vorträge seiner Vorredner. Aus seiner Sicht sei es bei den jetzt zu verzeichnenden Kostensteigerungen wichtig, diese so transparent wie möglich der Politik und der Öffentlichkeit gegenüber darzustellen. Er teile im Übrigen die Ansicht des Ausschussvorsitzenden, dass weitergehende Beratungen nicht Aufgabe des Bau- und Vergabeausschusses seien.

Abg. Klein kritisierte die grundsätzliche Herangehensweise der öffentlichen Hand bei eigenen Bauprojekten. Seiner Meinung nach sei eine Deckelung der zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel unabdingbar, um die immer wieder festzustellenden Kostensteigerungen zu vermeiden.

Abg. Bähr-Losse erwiderte gegenüber Abg. Klein, dass solche Wortbeiträge einer sachlichen Diskussion nicht zuträglich seien. Gerade bei dem Projekt der Brandschutzsanierung des Kreishauses habe man im Vorfeld im Rahmen einer Arbeitsgruppe bezüglich der notwendigen Maßnahmen und der damit verbundenen Kosten beraten und entschieden. Gerade bei diesem Projekt handele es sich um zwingend notwendige Maßnahmen aufgrund gesetzlicher Vorgaben, welche die geforderte Deckelung der Baukosten gar nicht zulassen würden.

Abg. Höhner regte an, die beiden Sachstandsberichte zur Kenntnis zu nehmen. Weitergehende Beratungen, insbesondere über den im Raum stehende Antrag der Kreistagsfraktionen CDU und Grüne, würden im Kreistag erfolgen. Darüber hinaus bedankte er sich ausdrücklich bei der Verwaltung für die Aufbereitung des umfangreichen Zahlenwerkes und die sich daraus ergebende Transparenz der Kostenentwicklung.

Der Vorsitzende führte abschließend aus, dass die aufgezeigte Kostenentwicklung keine Überraschung sei. Vielmehr spiegele dieses Ergebnis die derzeitige Entwicklung der Baukosten generell wieder. Der Ausschuss solle daher die beiden Sachstandsberichte zur Kenntnis nehmen.